

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 15.— Mk., für einen Monat 5.— Mk., Bestellschuld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4596. — **Postfachkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
**Telegraphen-Adresse:** Volkszeitung Leipzig  
**Telephon 13093. — Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — **Telephon 4596**

**Inseratenpreise:** Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 Mk. bei Platzvorkauf 2.30 Mk.; Familiennachrichten für die Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelle 7.50 Mk. — **Telephon** für die Inseraten-Abteilung 2721  
**Schluss** der Inseraten-Akademie für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Das vorläufige Wahlergebnis.

### Bisher 380 Abgeordnete gewählt. — 68 Abgeordnete der U. S. P. D.

#### Rücktritt der Reichsregierung.

Berlin, 8. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Wie unser Berliner Korrespondent erfährt, wird der Reichskanzler im Laufe des heutigen Tages dem Reichspräsidenten die Demission des Kabinetts überreichen. Es handelt sich dabei um eine zunächst rein formale Angelegenheit. Der Rücktritt der Reichsregierung muß nach den Wahlen unbedingt erfolgen, ganz gleichgültig, wie der Ausfall der Wahlen sich gestaltet. Der Reichspräsident wird die Demission des Kabinetts annehmen, die Kabinettsmitglieder aber bitten, vorläufig ihre Ämter weiterzuführen. Inzwischen wird, sobald das Wahlergebnis endgültig vorliegt, vom Reichspräsidenten in Verhandlungen mit den einzelnen Parteien über die Bildung der Regierung eingetreten werden.

#### Englisch-russische Verhandlungen.

Berlin, 8. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Berliner Korrespondent des Berliner Tageblatts meldet aus London: Wie die Blätter erfahren, hat Krassin England für die Einleitung der gegenseitigen Handelsbeziehungen folgenden Vorschlag gemacht: Wenn die englische Regierung die Räterepublik anerkennt und den russischen Kaufleuten, die mit den Rüssen der Moskauer Regierung verkehren, freien Verkehr und Handel auf englischem Gebiet, sowie die Ueberweisung von Geldern an englische Banken gestattet, werden die englischen Staatsangehörigen die gleichen Rechte in Rußland erhalten, wobei die Räteregierung eine Garantie unter der Bedingung übernimmt, daß ihr mechanisches und technisches Personal gestellt wird. Ueber das Ergebnis der Verhandlungen mit Krassin herrscht nach wie vor großer Pessimismus. Die englische Regierung verharret auf ihrem Standpunkt: Waren gegen Waren. Dieses System führte bereits die Verhandlungen mit Litwinow in Kopenhagen zum Scheitern.

Von einer gewissen Zahl englischer Finanzleute wird ein Druck auf die Regierung zugunsten der Organisation der wirtschaftlichen Verhandlungen ausgeübt, dabei soll der Grundsatz Waren gegen russisches Gold beobachtet werden. Die Moskauer Regierung hat die Forderung der englischen Regierung über die Freilassung der englischen Gefangenen angenommen und verzichtet auf jede bolschewistische Propaganda in Großbritannien, sowie auf jede Störung der englischen Interessen in Indien. Lloyd George wird jedoch Garantien verlangen.

Wenn die rein englischen Fragen erledigt sind, werden die Verhandlungen zwischen Krassin und dem Obersten Räte Ende nächster Woche beginnen können. — Millerand hat an den französischen Wirtschaftsvertreter in London eine Note gerichtet, in der er ihm die Weisung erteilt, sich keinem Beschlusse anzuschließen, der als indirekte Anerkennung der Moskauer Regierung ausgelegt werden könnte.

#### Preislürze in Frankreich.

Berlin, 8. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Berliner Korrespondent des Berliner Tageblattes meldet aus Paris: Die Preislürze, die auf dem Pariser Markt einsehen und die für manche Waren den Umfang einer Katastrophe annehmen, dürften nach Ansicht der Sachverständigen hauptsächlich auf die guten Centeausichten zurückzuführen sein, die aus Amerika gemeldet werden. Das Sinken der Getreidepreise beeinflusst den ganzen Lebensmittelmarkt und wird bald den ganzen Ring durchbrochen haben. Unter den Pariser Schleichern ist die Aufregung groß. Schon hört man von Wandern, die der gesunden und natürlichen Bewegung entgegenwirken sollen. So haben einige Fleischgroßhändler ihre Lieferanten in der Provinz aufgefordert, ihre Waren zurückzuhalten, und so ist es gelungen, den Pariser Marktpreis vorhin Sonnabend wieder in die Höhe zu drücken. Selbstverständlich wird er die allgemeine Erleichterung nicht aufhalten. Das Publikum saßt Mut und wehert sich, die alten Preise zu zahlen, die namentlich für Früchte eine wahnsinnige Höhe erreicht haben.

In Marseille sind alle Preise für Kolonialwaren gewaltig gefallen: Kopra-Öl von 615 auf 400, Palm-Öl von 810 auf 455 Kalao, Kauschuk und namentlich Leder sinken ebenfalls. Der Präsident des Pariser Lederhändlervereins erklärte, daß die Preise für Schuhwaren schon in ganz kurzer Zeit beträchtlich fallen werden.

#### Ein mißglückter Verhaftungsversuch.

Von amtlicher Stelle wird aus München gemeldet: Die Frontbewegung wird von den zuständigen Regierungsstellen seit ihrem Bestehen scharf überwacht. Auf Grund des amtlich einbezogenen Materials ist gegen den ehemaligen Hauptmann v. Pfeiffer, der in der Frontbewegung rührig tätig war, vom Regierungskommissar ein Schubhaftbefehl erlassen worden. Die Propagandatätigkeit Pfeiffers und seine hiermit in Zusammenhang stehenden häufigen Reisen verzögerten ein schnelles Vorgehen. Ein Versuch, ihn zu verhaften, schlug fehl, weil er, durch besondere Umstände begünstigt und durch eine bewaffnete Begleitung unterstützt, die Flucht ergriffen konnte. Es wird nach ihm gefahndet. Außerdem sind die Akten dem zuständigen Staatsanwalt zur strafrechtlichen Verfolgung ausgehändigt worden.

#### Gewaltfame Entwaffnung eines meuternden Reichwehrebataillons.

Wolffs Bureau meldet: Am Sonnabend, den 6. Juni, sollte in Soest das zweite Bataillon des Infanterie-Regiments 62 mit dem ersten Bataillon der Reichswehrinfanterie 13 verschmolzen werden. Die Maschinenwaffenkompanie dieses Bataillons (die frühere Maschinenwaffenkompanie (A) widerlehnte sich gewaltfame der Auflösung und forderte ihre Maschinenwaffen gegen ihre die Auflösung fordernden Vorgesetzten. Da Verhandlungen nicht zum Ziele führten, wurde die Auflösung gewaltfame erzwungen. Die mit der Durchführung der Entwaffnung beauftragten Reichwehrtrouppen hatten bedauerlicherweise drei tote und sechs Verwundete zu beklagen. Das zweite Bataillon 62 gehörte bisher zur Besatzung der neutralen Zone. Da nach den Forderungen der Entente die dort stehenden Truppen bis zum 10. Juni auf die Hälfte vermindert werden müssen, mußte in Ausführung der Bestimmungen des Friedensvertrages die Auflösung erzwungen werden. Die deutsche Regierung bezieht sich, die Bestimmungen des Friedensvertrages lokal auszuführen, andererseits aber auch, welche Schwierigkeiten die Verminderung des Heeres auf den von der Entente vorgeschriebenen Stand mit sich bringt.

Der Widerstand der gegenrevolutionären Formationen ist zweifellos stark. Er ist aber das natürliche Ergebnis der störenden Politik Moskaus. Bei ihm kann sich die Regierung bedanken, daß sie jetzt mit so großen Schwierigkeiten bei der Auflösung zu rechnen hat.

#### Ein neues Schandurteil eines Kriegsgerichts.

Essen, 8. Juni. (L. V.) Das Kriegsgericht in Essen verurteilte den Stadterordneten und Führer der Unabhängigen Gustav Hammer, wegen „schweren Landfriedensbruchs“ und „räuberischer Erpressung“ zu sechs Jahren Zuchthaus. Er hatte die Rekrutierungen für die rote Armee, Erpressungen an dem 1. Bürgermeister in Buer und einigen Geschäftshäusern betrieben, das Stadtoberhaupt verhaftet und andre Gewalttaten begangen.

#### Demonstrationen gegen Nahrungsmittelnot und -wucher.

Wien, 8. Juni. Gestern kam es in Graz wegen der hohen Lebensmittelpreise zu schweren Ausschreitungen. Es fanden Zusammenkünfte statt, wobei 6 Personen getötet und 8 schwer verwundet und zahlreiche andre leichter verletzt wurden. (L. V.)

Karlsbad (Böhmen), 8. Juni. (L. V.) In Karlsbad ist gestern ein dreitägiger Generalstreik verkündet worden. Die Zeitungen erscheinen nicht, die Geschäfte sind geschlossen, nur die Lebensmittelgeschäfte sind geöffnet. Die Ursache des Streiks ist, daß die Bevölkerung seit 7 Wochen kein Brot und seit 5 Wochen kein Mehl erhalten hat.

#### Proteststreik in Holland.

Amsterdam, 7. Juni. Die niederländischen Gewerkschaften haben für den 8. Juni zum Zeichen des Protestes gegen das in der Kammer eingebrachte Gesetz gegen revolutionäre Menschenaffen einen 24-stündigen Proteststreik für Amsterdam, Rotterdam und Haag angeordnet.

#### Hütel euch vor Lockspiegeln!

Die Welt am Montag schreibt: Es ist nicht daran zu zweifeln, daß dunkle Mächte versuchen werden, in der von den Wahlausfällen schwerlich befriedigten Arbeiterschaft Putschgefühle zu entfesseln. Und nur die Zuversicht, daß solche Treibereien an dem gesunden Sinn der deutschen Arbeiterschaft scheitern, läßt eine ruhige Entwicklung der deutschen Republik erhoffen. Die Blütenträume der ersten revolutionären Begeisterung reifen noch lange nicht. Aber andererseits werden auch alle vorwärtsstrebenden Kräfte unseres Volkes auf dem Posten sein müssen, wenigstens die bisherigen großen Errungenschaften der Revolution festzuhalten und nicht zu bilden, daß die unheilvollen Mächte der Vergangenheit das Rad der Geschichte wieder zurückdrehen.

#### Wie wird die Regierung aussehen?

Das Verhältniswahlsystem stellt die Geduld der politisch Interessierten wirklich auf eine harte Probe. Heute, am zweiten Tage nach der Wahl, ist noch kein abschließendes Ergebnis von einiger Verlässlichkeit aufzustellen. Die wesentlichen Züge des Wahlsbildes, das wir gestern entwarfen, haben freilich ihre Geltung behalten. Aber die Tragweite der Verschiebungen, ihre Wirkung auf die Mehrheitsbildung im Parlament und auf die Bildung der Regierung lassen sich noch immer nicht erkennen.

Heute morgen gab die Telegraphen-Union ein vorläufiges Ergebnis aus 31 Wahlkreisen. Der Wahlkreis 17, Hannover-Ost, fehlt dabei noch. Das Reichsgebiet umfaßt freilich im ganzen 95 Wahlkreise. Da aber die Abstimmungsgebiete, die Wahlkreise Schleswig-Holstein, Ostpreußen und Oberpfälzen diesmal nicht mitwählen, so haben wir nur 82 an der jetzigen Wahl beteiligte Bezirke. Das fehlende Ergebnis aus Hannover-Ost wird das Gesamtergebnis nicht mehr erheblich ändern können.

Das aus den erfassten 31 Wahlkreisen zusammen gerechnete Ergebnis steht folgendermaßen aus:  
**Mehrheitssozialisten** 4 721 000, **Unabhängige** 4 123 000, **Deutsche Volkspartei** 3 178 000, **Zentrum** 2 720 000, **Deutschnationale Volkspartei** 2 673 000, **Demokraten** 1 996 000, **Bayerische Volkspartei** 794 287 und **Kommunisten** 398 282 Stimmen.

Hiernach entfallen auf die Sozialdemokraten, einschließlich der ihnen aus den Abstimmungsgebieten verbleibenden 18 Mandate, 98 Sitze, Unabhängige 68, Deutsche Volkspartei (einschließlich) 54, Zentrum 54, Deutschnationale Volkspartei 48, Demokraten 41, Bayerische Volkspartei 13 und Kommunisten 6 Sitze.

Die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen beträgt nach der bisherigen Feststellung 21 584 000.

Diese Zusammenstellung ergibt im ganzen 380 Mandate. Sie ist noch nicht genau. Teilt man die zusammen gerechnete Stimmenzahl durch 60 000, so kommen 359 Abgeordnete heraus, zu denen noch 37 Abgeordnete der Abstimmungsgebiete treten würden, die aus der Nationalversammlung vorläufig in den Reichstag eintreten, bis in jenen Gebieten die Wahlen möglich sein werden. Das ergäbe eine Gesamtzahl von 396 Mandaten, also 16 mehr als die Telegraphen-Union in ihrer Zusammenstellung angibt.

Für die Frage, wie die Regierung zu bilden sein würde, hat diese Differenz und das Fehlen eines Wahlkreises nicht mehr viel zu bedeuten. Soviel scheint sicher zu sein, daß die bisherige Koalition eine einigermaßen tragfähige Mehrheit für eine Regierung nicht mehr zu bilden vermag. 96 Rechtssozialisten plus 54 Zentrumsabgeordnete und 41 Demokraten ergeben nur 191 Mandate, also gerade eine Stimme mehr als 380. Eine sozialistische Mehrheit ist auch nicht vorhanden. 96 Rechtssozialisten plus 68 Unabhängige Sozialdemokraten plus 6 Kommunisten bringen erst 170 Stimmen auf. Eine höhere Mehrheit der Mitte würde aus Rechtssozialisten, Deutscher Volkspartei, Zentrum und Demokraten gebildet werden können. 96 Rechtssozialisten plus 54 Deutsche Volksparteiler plus 54 Zentrumsvertreter plus 41 Demokraten ergeben 245 Mandate. Etwas schwächer würde eine rein bürgerliche Mehrheit sein: 54 Deutsche Volksparteiler, 54 Zentrumsvertreter, 41 Demokraten, 48 Deutschnationale und 13 bayerische Volksparteiler bringen 210 Stimmen auf. Eine Kombination, die freilich völlig aussichtslos ist, wäre die der bisherigen Koalition mit den Unabhängigen Sozialdemokraten. Diese Zusammensetzung, mit der der Vorwärts bereits liebäugelt, würde wie folgt aussehen: 96 Rechtssozialisten, 54 Zentrumsvertreter, 41 Demokraten und 68 Unabhängige Sozialdemokraten, im ganzen 259 Mandate.

Diese letzte Kombination ist, wie gesagt, wegen der grundsätzlichen Stellung unserer Partei gegen den Eintritt in eine mit bürgerlichen Parteien gemischte Regierung vollständig ausgeschlossen. Trotz aller beweglichen Worte, die das Zentralorgan der Rechtssozialisten an unsre Adresse richtete. Ob die Möglichkeit einer Arbeiterregierung gegeben ist, die sich aus den sozialistischen Parteien und den Arbeitervertretern des Zentrums und der Demokraten zusammensetzen würde, erscheint kaum aussichtsreicher. Es blieben also nur die andern Kombinationen, die Bildung einer durch die Deutsch-Volksparteiler erweiterten Koalition, oder die rein bürgerliche Regierung.

Ueber die Haltung der Parteien zu diesen Möglichkeiten läßt sich noch nichts Genaues sagen. Vorläufig zeigen die bisherigen Koalitionsparteien sich sehr spröde. Der Vorwärts hält die Zeit für „solche Späße“, wie er den Gedanken